



Wahlprüfsteine Landtagswahl 2006

Jugend
Ja, arbeit
SELBER MACHEN, BILDET!

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Vorwort | _03 |
| 1 Wahl-O-Mat | _05 |
| 2 Jugendwahl | _06 |
| 3 Die KandidatInnen | _08 |
| 4 Hinweise und Infos | _11 |
| 5 Wahlprüfsteine | |
| → Kinder- und Jugendpolitik | _12 |
| → Jugendarbeit | _14 |
| → Kooperation Jugendarbeit und Schule | _18 |
| → Ehrenamtliches Engagement | _21 |
| → Beteiligung von Kindern und Jugendlichen | _24 |
| → Ausbildung und Arbeit | _26 |
| → Migration | _32 |

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 07 11/16 447-0, Fax 07 11/16 447-77
E-Mail: info@lrbw.de, Homepage: www.lrbw.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg (AGJF)
Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Telefon 07 11/89 69 15-0, Fax 07 11/89 69 15-88
E-Mail: info@agjf.de, Homepage: www.agjf.de

Redaktion: Martin Bachhofer (AGJF)
Irene L. Bär, Brigitte Gonser,
Udo Wenzl (Landesjugendring)

V.i.S.d.P.: Berthold Frieß (Vorsitzender LJR),
Jürgen Holzwarth (Vorsitzender AGJF)

Gestaltung: Gabriele Schmidt, Freiburg

Druck: Sprint-Digital-Druck GmbH, Stuttgart

Auflage: 3.000 Exemplare

Stuttgart, Februar 2006

Gefördert vom Kommunalverband für
Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Vorwort

Wahlprüfsteine – Landtagswahl 2006

Die anstehende Wahl in Baden-Württemberg

Am 26. März sind in Baden-Württemberg Landtagswahlen. Diese Wahlen sind für die Jugendarbeit in zweifacher Hinsicht wichtig:

- ➔ Beim Wählen halten sich die jungen Menschen eher zurück – die Wahlbeteiligung ist unter Jung- und ErstwählerInnen besonders niedrig. Ein bedenklicher Trend für unser demokratisches Gemeinwesen. Die Jugendarbeit versucht junge Menschen zu informieren, Interesse für die Wahlen zu wecken und zum Wählen zu motivieren.
- ➔ Die Jugendarbeit ist in hohem Maße von der Landespolitik abhängig – hier werden Rahmenbedingungen gesteckt und Gelder verteilt. Durch die Verschiebung der Kompetenzen für den Bildungsbereich von Bundes- auf Länderebene ist die Bedeutung der Landespolitik zusätzlich gestiegen. Interessierte WählerInnen fragen: Welche Partei setzt sich wie für die Jugendarbeit ein?

Die Organisationen der Jugendarbeit haben für die Landtagswahl daher mehrere Angebote entwickelt:

Orientierung zu Parteien und Positionen bieten: ➔ der schon bei mehreren Wahlen bewährte Wahl-O-Mat im Internet: www.wahlomat.de/bw (siehe auch S. 5) und ➔ die hier vorliegenden Wahlprüfsteine.

Entscheidung gefällt, aber noch nicht stimmberechtigt?

➔ die Jugendwahl für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren im Netz: www.jugendwahl-bw.de (siehe S. 6).

Prüfsteine für die Wahl zu jugendpolitischen Themen

Welche Partei steht für welche Inhalte? Wo finde ich mich mit meinen Auffassungen am ehesten wieder? Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) und der Landesjugendring haben den größeren in Baden-Württemberg kandidierenden Parteien zu ausgewählten Themen Fragen gestellt. Wir haben die Fragen und Themen ausgewählt, an denen wir auf Landesebene

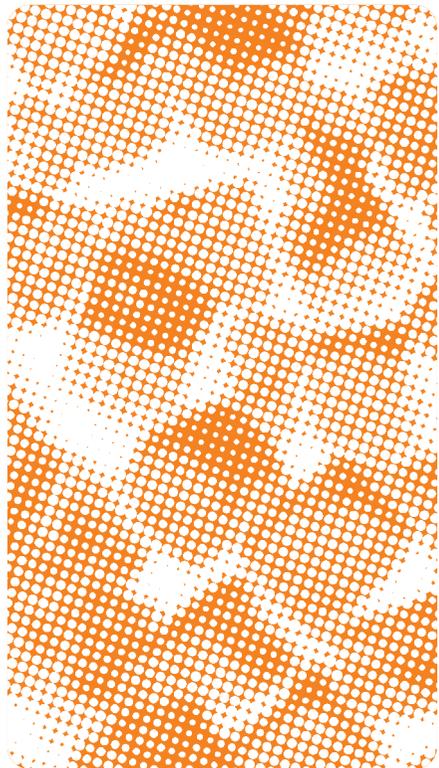
„dran“ sind, die uns Jugendverbänden unter den Nägeln brennen und bei denen wir uns in nächster Zeit Unterstützung von den Parteien und der Regierung erhoffen.

Die Zusammenstellung ihrer Antworten hier in diesem Heft soll die Auseinandersetzung mit den jugendpolitischen Positionen der Parteien fördern.

Diese Themen sind nicht für alle in der Jugendarbeit gleichermaßen wichtig. Die Wahlprüfsteine wollen auch Anregung sein, selbst Fragen zu formulieren, die euch wichtig sind und diese euren WahlkreiskandidatInnen zu stellen.

Wer sich für euch und eure Anliegen vor Ort am Besten einsetzt, könnt nur ihr selbst herausfinden.

Auf jeden Fall lohnt es sich, den PolitikerInnen mal auf den Zahn zu fühlen und ihnen zu verdeutlichen: Am Thema Jugendpolitik kommt die Politik auch bei dieser Landtagswahl nicht vorbei.



1

Wahl-O-Mat

für die Landtagswahlen Baden-Württemberg am Sonntag, 26. März 2006

„Welche Partei kann ich wählen?
Die sind doch alle gleich.“

Der Wahl-O-Mat ist ein Programm, das der Nutzerin und dem Nutzer eine Reihe von Thesen zum aktuellen Wahlkampf vorstellt, zu denen er/sie sich zustimmend, ablehnend oder neutral positionieren kann. Am Ende liefert der Wahl-O-Mat ein „Wahl-O-Mat Ergebnis“: Er zeigt die Nähe der eigenen Positionen zu den Positionen der Parteien auf.

Der Wahl-O-Mat wurde zu den Landtagswahlen in Bayern 2003, Saarland 2004, Sachsen 2004, Schleswig-Holstein 2005, NRW 2005, Europawahl 2004 und im Vorfeld der Bundestagswahlen eingesetzt. Insgesamt wurde er über fünf Millionen Mal genutzt. Der Wahl-O-Mat wird für jede Wahl neu entwickelt, das Copyright liegt bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Für die Landtagswahlen Baden-Württemberg wird er von der Landeszentrale für politische Bildung und vom Landesjugendring Baden-Württemberg in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung getragen. Der Wahl-O-Mat kann ab 16. Februar 2006 unter www.wahlomat.de/bw genutzt werden.



Der Wahl-O-Mat

- gibt Information über wesentliche und unterscheidbare Positionen der politischen Parteien,
- stiftet politische Kommunikation in sozialen Gruppen – in Familien, am Arbeitsplatz, in der Schule,
- initiiert inhaltliche Auseinandersetzung und aktiviert individuelle politische Haltungen,
- kann Wählerinnen und Wählern eine Orientierung bei ihrer Wahlentscheidung anbieten.

2

Jugendwahl

Noch nicht stimmberechtigt, aber trotzdem schon Lust politisch mitzumischen?

www.jugendwahl-bw.de

Die Jugendwahl Baden-Württemberg gibt Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 die Möglichkeit im Internet ihre Stimme zur Landtagswahl 2006 abzugeben.

Nach der Schließung der Wahllokale am 26. März 2006 um 18 Uhr wird es dann nicht nur ein Wahlergebnis der Baden-Württemberger ab 18 Jahren, sondern auch ein politisches Stimmungsbild der Jugend geben.

Im Gegensatz zu sonstigen Jugendwahlen – am bekanntesten ist wohl die U 18-Wahl aus Berlin – wird nicht per Papierstimmzettel in der Wahlkabine abgestimmt, sondern von jedem beliebigen Computer mit Internetzugang.

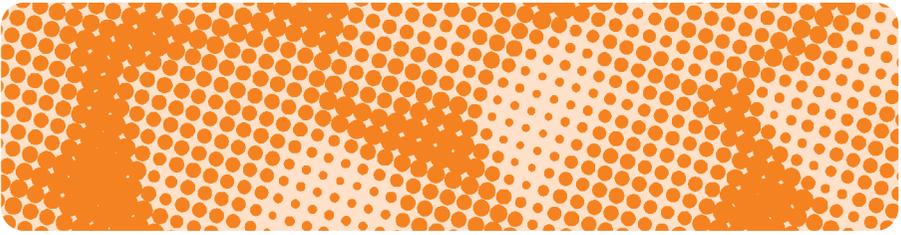
Ziele der Jugendwahl sind:

- Jugendlichen Wahlen und deren Bedeutung für die Demokratie näher bringen,
- mit ihnen politische Themen in jugendgerechter Form diskutieren,
- Jugendliche auf ihre Teilnahme an Wahlen vorbereiten,
- Jugendliche durch eine Auseinandersetzung mit der Politik für ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten sensibilisieren.

Wie läuft die Jugendwahl ab?

Im Jugendnetz gibt es ab 16.02.2006 eine zentrale Wahlseite mit allgemeinen Infos zur Landtagswahl und der Jugendwahl (www.jugendnetz.de). Von der Wahlseite kommt man zum jeweiligen Wahlkreis. Dort findet man den Stimmzettel mit den dortigen KandidatInnen, meist gibt es zusätzlich nähere Infos zur Wahl, die speziell den entsprechenden Wahlkreis betreffen.





Gewählt werden kann in der Zeit vom 1. bis 24. März 2006. Die Daten laufen zentral in einer Datenbank zusammen und werden dann per Mail in die einzelnen Wahlkreise geschickt.

Ab Sonntag, 26. März um 18 Uhr werden mit Schließung der Wahllokale die Ergebnisse der Jugendwahl im Internet veröffentlicht.

Wie kann gewählt werden?

Zur Teilnahme an der Wahl benötigt man einen Wahlschein. Darin sind eine Kennung und ein Passwort sowie Hinweise zum Ablauf des Wahlvorgangs enthalten. Nach dem Aufruf der Wahlseite wird der/die gewünschte KandidatIn markiert und die Wahl nach Eingabe von Kennung und Passwort abgeschickt. Kennung und Passwort sind nur einmal gültig.

Wer beteiligt sich und wie?

Lokale Partner bei der Jugendwahl sind Jugendringe und -ämter, Jugendagenturen, Jugendzentren, Jugendpresse und Verbände. Die regionalen Partner sorgen für:

- die Bekanntmachung der Jugendwahl und die Werbung für weitere Mitstreiter – Schulen sind dabei ideale Partner.
- die Planung und Durchführung von Veranstaltungen im Vorfeld der Wahl,

- eine lokale Wahlseite, auf der die jeweiligen lokalen Beteiligten aufgeführt sind. Hier finden sich dann auch entsprechende Veranstaltungshinweise, die Liste der KandidatInnen, die Wahllokale mit ihren Öffnungszeiten, ...

- die Einrichtung von „Wahllokalen“. Dies sind in der Regel Computerräume in Jugendzentren u.ä., um auch Jugendlichen ohne eigenen PC die Teilnahme zu ermöglichen,

- die Verteilung der Wahlscheine an Schulen, Jugendzentren, Gruppen, ...

- den Kontakt zu den KandidatInnen des Wahlkreises, damit diese für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Was ist, wenn es in meinem Wahlkreis keinen regionalen Partner gibt?

Um auch Jugendlichen in diesen Wahlkreisen die Teilnahme zu ermöglichen, werden Wahlscheine in Publikationen wie „Yaez“, „e-fact“, größeren Schülerzeitungen und Jugendverbandszeitungen beigelegt. Interessierte Gruppen aus diesen Wahlkreisen können sich größere Kontingente über die Jugendstiftung/den Landesjugendring zuschicken lassen. Wahlbriefe sind erhältlich bei AGJF und LJR.

3

Die KandidatInnen

CDU

Günther H. Oettinger

Geboren am 15. Oktober 1953 in Stuttgart, evangelisch, verheiratet, 1 Kind



Ausbildung, beruflicher Werdegang und politische Funktionen:

- Volksschule in Ditzingen, Gymnasium und Abitur in Korntal
- Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Tübingen, erste juristische Staatsprüfung 1978, wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Tübingen, zweite juristische Staatsprüfung 1982
- 1982 bis 1984 als Assessor angestellter Mitarbeiter eines Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters
- 1984 bis 1988 als Rechtsanwalt angestellter Mitarbeiter eines Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters
- 1988 bis 2005 Rechtsanwalt und Geschäftsführer
- 1977 bis 1994 auf kommunaler Ebene in der CDU aktiv (Vorsitzender der CDU Ditzingen, Kreisrat in Ludwigsburg, Stadtrat in Ditzingen, Fraktionsvorsitzender der CDU im Gemeinderat von Ditzingen)
- 1983 bis 1989 Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg

- seit 12. April 1984 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1991 bis April 2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von BaWü
- seit 29. April 2005 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg (davor Mitglied des Präsidiums und Landesvorstands der CDU Baden-Württemberg, Bezirksvorsitzender CDU Nordwürttemberg)
- seit 21. April 2005 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg
- seit 21. April 2005 Mitglied im Präsidium und im Bundesvorstand der CDU Deutschlands
- Mitglied des Bundesrats

Auszugsweise aus: www.guenther-oettinger.de

SPD

Ute Vogt

Geboren am 03. Oktober 1964 in Heidelberg

Ausbildung, beruflicher Werdegang und politische Funktionen:

- Grundschule und Gymnasium, Abitur am Wirtschaftsgymnasium Wiesloch
- Studium an der Universität Heidelberg und an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer



FDP

Prof. Dr. Ulrich Goll

Geboren am 02. Mai 1950 in Überlingen am Bodensee, verheiratet, 4 Kinder



Ausbildung, beruflicher Werdegang und politische Funktionen:

- Referendarstätigkeit u.a. beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Stadtverwaltung Heidelberg und Rechtsanwaltskanzlei Dr. Rausch
- Abschluss mit dem zweiten juristischen Staatsexamen, danach selbständige Rechtsanwältin in Pforzheim
- seit 1983 bei den Jusos engagiert
- 1984 Eintritt in die SPD
- 1984 bis 1994 auf kommunaler Ebene in der SPD aktiv (im Vorstand der SPD Wiesloch, Vorsitzende der Wieslocher Jusos, Mitglied des Kreisvorstandes der SPD Rhein-Neckar, Stadträtin im Wieslocher Gemeinderat, alternierend auch als Fraktionsvorsitzende)
- 1989 Mitglied des Landesvorstandes der Jusos BaWü
- 1991 bis 1994 Sprecherin des Juso-Landesverbandes
- seit 1993 Mitglied des baden-württembergischen SPD-Landesvorstandes
- 1995 bis 1999 stellv. Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg
- 1994 bis 2005 Abgeordnete des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Pforzheim/Enzkreis
- seit 1999 Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg
- 2002 bis 2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern
- seit 2003 stellvertretende Vorsitzende der SPD Deutschland

- Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau (1. Examen 1975, 2. Examen 1977)
- 1977 bis 1979 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, Promotion auf dem Gebiet des Arbeitsrechts
- 1979 bis 1982 Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg: Dezernent im Landratsamt Bodenseekreis für Recht und Ordnung (Regierungsrat)
- 1982 Ernennung zum Professor an der Staatlichen Fachhochschule Ravensburg-Weingarten
- 1984 bis 1995 auf kommunaler Ebene in der FDP aktiv (Gemeinderat in Salem, Mitglied des Kreistags des Bodenseekreises, Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben)
- 1988 bis 1992 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, stellvertretender Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion
- 1995 bis Juni 1996 Personalleiter beim Südwestfunk Baden-Baden
- Juni 1996 bis Dezember 2002 und seit Juli 2004 Justizminister des Landes Baden-Württemberg
- seit Juni 2005 stv. Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg

Auszugsweise aus: www.ute-vogt.de

Auszugsweise aus: www.ulrich-goll.de

Bündnis 90/Die Grünen

Winfried
Kretschmann

Geboren am 17. Mai
1948 in Spaichingen,
katholisch, verheiratet,
drei Kinder



Ausbildung, beruflicher Werdegang und
politische Funktionen:

- 1968 Abitur, Studium der Naturwissenschaften an der Universität Hohenheim
- 1977 Staatsexamen, danach Lehrer
- 1986/87 Grundsatzreferent im Hessischen Ministerium für Umwelt und Energie, Beruf Lehrer für Biologie, Chemie, Ethik am Hohenzollern-Gymnasium Sigmaringen (z.Z. beurlaubt)
- als Student ASTA-Vorsitzender in Hohenheim
- 1979/80 Mitbegründer der GRÜNEN Baden-Württemberg
- 1982-84 auf kommunaler Ebene bei Bündnis 90/Die Grünen aktiv (Mitglied des Esslinger Kreistags)
- seit 1980 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg (1980-84, 1988-92 und seit 1996)
- 1983/84 Sprecher der GRÜNEN im Landtag
- 1996-2001 Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Umwelt

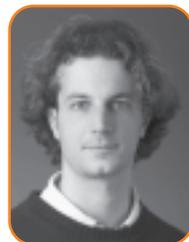
- 2001/02 stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- seit Juni 2002 Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg

Auszugsweise aus: www.winfried-kretschmann.de

WASG

Damian Ludewig

Mitglied des WASG-
Spitzenteams für
Jugendpolitik



In Baden-Württemberg wird erstmalig die Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG) zur Landtagswahl antreten.

Die WASG stellt keine/n Spitzenkandidaten/Spitzenkandidatin. Der Wahlkampf wird geführt von einem Spitzenteam, das sich aus Verantwortlichen für verschiedene politische Bereiche zusammensetzt. KandidatInnen wurden in den 70 Wahlkreisen aufgestellt. Ansprechpartner bei der WASG für den Bereich Jugend ist Damian Ludewig.

Teilweise entnommen aus:
www.bw-wahlalternative-asg.de

4

Hinweise und Infos

Die Wahlprogramme der Parteien im Netz:



CDU:
<http://www.cdu.org>



SPD:
<http://www.spd-landtagswahl2006.de/download>



FDP:
<http://www.fdp-bw.de/wahlen>



Grüne:
<http://www.gruene-bw.de>



WASG:
<http://www.w-asg.de/uploads>

Weitere Infos zur Landtagswahl 2006:

www.bauplan-zukunft.de

www.landtagswahl-baden-wuerttemberg.de

www.lpb.bwue.de

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Wahlen/Landesdaten

www.politische-bildung.net/links/landespolitik.htm

www.politiker-digital.de

www.im.baden-wuerttemberg.de ([alle Parteien zur Wahl im Überblick](#))

5

Wahlprüfsteine

Kinder- und Jugendpolitik

? Stellen Sie sich vor, Ihre Partei würde in der nächsten Legislaturperiode den Ministerpräsidenten/die Ministerpräsidentin stellen. Welche drei Maßnahmen würde Ihre Partei als erstes treffen, um eine zukunftsorientierte und nachhaltige Jugendpolitik zu gestalten?

CDU

- Jugendpolitik muss dazu beitragen, jungen Menschen die Chance zu geben, nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben.
- Junge Menschen brauchen eine verlässliche Orientierung, eine gute Bildung und vor allem Arbeit.
- Geeignete Rahmenbedingungen müssen frühzeitig entwickelt werden. Deshalb ist der Aspekt „Bildung von Anfang an“, der von der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Ziel, Baden-Württemberg zum Kinderland Deutschlands zu machen, auch für junge Menschen maßgeblich. Nur so kann Zukunftsfähigkeit erreicht werden.

SPD

- 100 Mio. Euro Programm für mehr Ausbildungsplätze, gebührenfreies Erststudium
- Ausbau von Ganztagschulen mit der entsprechenden pädagogischen Förderung und Betreuung

- Demokratiekampagne: Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabsetzen, mehr Mitspracherecht der Jugendgemeinderäte, gesetzliche Verankerung weiterer Beteiligungsformen
- Kinder und Jugendliche stark machen durch individuelle Förderung an den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer als Lernberater ausbilden.

FDP

Für die kommende Legislaturperiode stellen sich aus unserer Sicht drei zentrale Aufgaben:

- 1) Qualität und Leistungsfähigkeit der Einrichtungen und Angebote im Gesamtbereich von Bildung Betreuung sichern und stärken. Die zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden getroffene Vereinbarung über Bildung und Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich ist hierzu ein wesentlicher und milliardenschwerer Beitrag.

2) Qualität und Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung sichern und stärken. Baden-Württemberg ist wie kaum ein anderes Land auf breite Fundierung dieses Bereichs ebenso wie auf Spitzenleistungen angewiesen. Auch im internationalen Maßstab wieder zur Spitze aufzuschließen, ist zukunftsichernde Notwendigkeit. Damit alles dies – und daneben selbstverständlich auch die Erledigung aller „normalen“ Aufgaben in den verschiedenen Politikbereichen – finanzierbar bleibt:

3) Nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts. Verschuldung und Neuverschuldung des Staates haben mit radioaktiver Strahlung zweierlei gemeinsam: beide sieht, riecht, fühlt man nicht; und beide haben fatale (Spät-)Folgen. Das Land nimmt gegenwärtig je Jahr 2 Mrd. neue Schulden auf (Nettoneuverschuldung); in jeweils zwei Jahren entsteht hierdurch eine dauerhafte Belastung, die derjenigen von 5.500 Lehrerstellen entspricht. Wer nicht mindestens dem weiteren Schuldenzuwachs ein Ende setzt, stranguliert sich selbst – und die nachfolgende Generation sowieso.

Die unmittelbaren und mittelbaren Zusammenhänge der genannten drei Aufgaben mit den besonderen Belangen von Kindern und Jugendlichen sowie mit den Bedingungen und Möglichkeiten künftiger Jugendpolitik scheinen uns evident. Wenn wir es – worum wir uns aus Überzeugung bemühen – gleichzeitig schaffen, die bestehenden Maßnahmen- und Förderprogramme im Bereich der Jugendpolitik weiterzuführen, haben wir auch und gerade im Sinne nachhaltiger Jugendpolitik viel erreicht.



Vorneweg: egal, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt, über politische Vorgaben und Maßnahmen entscheidet das Parlament. Ein/e grüne/r MinisterpräsidentIn würde die politische Hoheit des Parlamentes achten und unterstützen. Eine grüne Landtagsfraktion, die eine Mehrheit im Parlament mobilisieren kann, würde:

1. In der Bildungspolitik Zugangsgerechtigkeit und Chancengleichheit sicherstellen: Wir werden dafür Sorge tragen, dass – unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder ethnischer Herkunft – alle Kinder und Jugendlichen so gefördert werden, wie jede und jeder einzelne es braucht. Das nutzt Hochbegabten genauso wie langsamer Lernenden. Eine zentrale grüne Forderung ist der schrittweise Übergang zu einer neunjährigen Basisschule für alle. Damit wollen wir die viel zu frühe Selektion an den Schulen beenden.
2. Das aktive Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabsetzen und die Beteiligungsrechte von Jugendlichen stärken: Damit würden die Interessen der Jugendlichen im politischen Geschehen an Gewicht gewinnen und Jugendliche könnten als relevante Gruppe von WählerInnen politische Forderungen „aus eigener politischer Kraft“ durchsetzen.
3. Die Festschreibung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung: Die Schuldenberge im Landeshaushalt dürfen nicht weiter wachsen, sondern müssen abgebaut werden. Denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die nachfolgenden Generationen politische Gestaltungsspielräume statt Altlasten hinterlässt.

Für die WASG stellt sich bei diesen Landtagswahlen (leider) nicht die Frage, ob wir uns an einer Regierung beteiligen, oder gar eine/n Ministerpräsidentin/en stellen. Die SPD hat bereits klargestellt, dass sie mit uns Linken nicht koalieren wird, und um stärkste Partei zu werden und die Regierung zu führen, müsste schon ein mittleres Wunder geschehen.

Für uns geht es bei unserem ersten Antritt zu einer Landtagswahl in Baden-Württemberg zunächst um die Frage, ob es uns die WählerInnen überhaupt ermöglichen, dass wir unsere Ideen und Vorstellungen in den nächsten Jahren in die politische Diskussion im Landtag mit einbringen. Wir sind optimistisch, dass wir bei den Wahlen am 26. März die dazu notwendigen 5 Prozent der Stimmen erreichen werden. Aber angenommen, es gäbe doch ein Wunder, dann würden wir

als erstes einen großen Jugendkongress einberufen, auf dem wir zusammen diskutieren, wie wir gemeinsam die Jugendpolitik in Baden-Württemberg gestalten. Hier wäre beispielsweise der Landesjugendring, mit den gebündelten Kompetenzen der außerschulischen Jugendbildung, ein wichtiger Ansprechpartner für uns.

Dort würden wir uns vermutlich darauf verständigen, dass wir mehr und jüngere Lehrerinnen und Lehrer einstellen, um in kleineren Klassen besseren Unterricht stattfinden zu lassen, der vorhandene Interessen von Schülerinnen und Schülern fördert (oder sie erst entstehen lässt), statt sie durch Zwang abzutöten. Außerdem würden wir die Mitgestaltungsmöglichkeiten junger Menschen an Schulen und Universitäten verbessern. Denn die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Jugendpolitik ist, dass man Jugendliche selbst zu Wort kommen und sie eigene Entscheidungen treffen lässt.

Jugendarbeit

? Die Kinder- und Jugendarbeit bilden einen unverzichtbaren Bestandteil sozialer Infrastruktur und erfüllen eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben. Um diese Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen zu können, benötigen die offene und verbandliche Jugendarbeit eine verlässliche und kontinuierliche Förderung.

- **Wie kann dies aus Sicht Ihrer Partei gewährleistet werden?**
- **Wie muss insbesondere der Landesjugendplan zukünftig gestaltet werden?**
- **Sind Sie für eine Fortführung des Programms „Der Jugend Räume schaffen“?**
- **Werden Sie sich für einen Landesjugendbericht in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?**



CDU

- ➔ Angesichts der außerordentlich angespannten Situation aller öffentlichen Haushalte muss gerade mit Blick auf die nachwachsende Generation die Konsolidierung des Haushalts weiterhin im Zentrum der Landespolitik stehen. Vor diesem Hintergrund sind die Bemühungen der Vergangenheit, die Ausgaben für die Jugendarbeit zu halten und aus Kürzungsrunden möglichst herauszuhalten, bereits als Erfolg zu werten. Darum wird es auch in den nächsten Jahren gehen.
- ➔ Der Landesjugendplan ist die tragende Säule der Jugendarbeit des Landes. In ihm werden Mittel für die zahlreichen Felder der Jugendarbeit bereitgestellt. Auch hier gilt, dass es künftig vor allem darum gehen wird, die Mittel in der bestehenden Höhe zu erhalten.
- ➔ Das Programm „Der Jugend Räume schaffen“ ist ein sehr erfolgreiches Projekt, das mit Mitteln der Zukunftsoffensive III finanziert wurde. 2003 hat der Ministerrat eine zweite Tranche des Programms beschlossen, die – wie die erste Tranche auch – mit 5 Mio. Euro dotiert wurde.
- ➔ Der Landesjugendbericht ist ein sinnvolles Instrument der Information über die Lage der Jugend und die Jugendhilfe in Baden-Württemberg. Wir werden an dieser bewährten Institution auch weiterhin festhalten.

SPD

- ➔ Die Träger der Jugendarbeit benötigen eine kalkulierbare Regelfinanzierung statt eines Dschungels unüberschaubarer Pro-

jektförderung. Die Finanzierungsinstrumente müssen transparenter und das Verhältnis von Projekt- und Regelförderung muss neu justiert werden.

- ➔ Das zentrale Finanzierungsinstrument für Jugendarbeit in Baden-Württemberg, der Landesjugendplan, wird derzeit überlagert von einer fast nicht mehr überschaubaren, in viele Einzelprogramme zersplitterten Projektfinanzierung. Zunehmend wird deutlich, dass die Finanzierung von Kernelementen der Jugendarbeit über die Landesstiftung abgewickelt wird. Oftmals werden auf diesem Wege „Kür“-Aufgaben gefördert, während für die „Pflicht“ nicht in ausreichendem Maße Geld zur Verfügung steht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Finanzierungsvolumen für Jugendarbeit und Jugendbildungsstätten langfristig sichergestellt ist. Außerdem muss der Landesjugendplan als zentrales Finanzierungselement erhalten bleiben.
- ➔ Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt das Programm „Der Jugend Räume schaffen“ und ist ausdrücklich für dessen Fortsetzung.
- ➔ Die SPD setzt sich dafür ein, dass jugendpolitische Programme und Kompetenzen auf Landesebene zusammengeführt werden und die Jugendberichterstattung ernstgenommen und zur Grundlage der Weiterentwicklung der Jugendpolitik gemacht wird. Die SPD will eine zweifache Verzahnung von Jugendberichterstattung des Landes mit der kommunalen Jugendhilfeplanung. Die auf verschiedene Ministerien verteilten jugendpolitischen Kompetenzen und Strukturen müssen zusammengeführt, ein Aufbau von Parallelstrukturen muss verhindert werden. Die Förderungspraxis wird sogar von Insidern kaum noch durchschaut. Eine differenzierte Jugend-

berichterstattung ist nicht vorhanden. Der letzte Landesjugendbericht wurde erst auf Intervention der SPD-Fraktion im Plenum des Landtags diskutiert. Die darin enthaltenen Wünsche und Forderungen werden von Seiten der Landesregierung nicht berücksichtigt.



Unbeschadet der in unserer Beantwortung der ersten Frage skizzierten und begründeten Priorisierung stimmen wir in der Einschätzung des politischen und gesellschaftlichen Stellenwerts der Kinder- und Jugendarbeit mit dem Landesjugendring überein. Daher werden wir uns dafür einsetzen, die im Landesjugendplan zusammengefassten Förderungen des Landes, die die Arbeit der offenen und der verbandlichen Jugendarbeit sichern, fortzuführen.

Wir sind froh darüber, dass es die Erträge der aus Privatisierungserlösen in die Landesstiftung Baden-Württemberg eingebrachten Mittel (welche andere noch immer anders verwendet sehen wollen) ermöglichen, auch im Bereich der Jugendarbeit eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen und Sonderprogramme zu finanzieren; das Sonderprogramm „Der Jugend Räume schaffen“, für das im Rahmen der „Zukunftsoffensive Chancen der jungen Generation III“ zu Ende des Jahres 2003 eine zweite Förderrunde mit abermals 5 Mio. Euro aufgelegt wurde, ist hierfür ein gutes Beispiel. In der Natur von Sonderprogrammen (zumal solchen zur Förderung von Investitionen) liegt freilich auch, dass sie nicht auf dauerhafte Fortführung angelegt sind.

Grundsätzlich begrüßen wir alle Berichtspflichten der Landesregierung gegenüber

Parlament und Öffentlichkeit. Wir schätzen diese Berichte als Instrument der Information und Orientierung; die Pflicht, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Förderung der Schulen in freier Trägerschaft vorzulegen, wurde von uns initiiert. Auch der – in der laufenden Legislaturperiode zum zweiten Mal erstellte – Landesjugendbericht erfüllt diese Funktion. Angesichts der inzwischen bestehenden Vielzahl von Berichtspflichten der Landesregierung hat sich das Parlament jedoch darauf verständigt, zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine Sichtung und (Effizienz-)Bewertung der bestehenden Berichtspflichten vorzunehmen und unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus Möglichkeiten einer Reduzierung zu prüfen. Diesem nur in der Gesamtschau (und im fraktionsübergreifenden Einvernehmen) möglichen Entscheidungsprozess wollen wir hier nicht vorgreifen.



Die wichtigsten Investitionen in die Zukunft, die Baden-Württemberg tätigen kann, sind Investitionen in Kinder und Jugendliche. Deshalb darf sich das Land nicht in entscheidenden Bereichen, z. B. bei der Kinder- und Jugendarbeit oder Jugendsozialarbeit an Schulen, aus der Förderung zurückziehen. Kürzungen mit dem Rasenmäher lehnen wir ab. Das Verhältnis von Grund- und Projektförderung muss in eine neue Balance gebracht werden. Projekte, die sich als zielführend erwiesen haben, müssen in die Landesförderung übernommen werden. Der Landesjugendbericht muss fortgeführt werden, damit Transparenz und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet sind.

→ Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts – zumindest in unserer heutigen Gesellschaft scheint das ein wahrer Satz zu sein. Jugendverbände leisten gute Arbeit und einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Wie ich selber aus eigener Erfahrung als ehemaliger Landessprecher der Naturschutzjugend Baden-Württemberg weiß, werden mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln v.a. durch viel ehrenamtliches Engagement beachtliche Ergebnisse erzielt. Durch gemeinschaftliches Leben, Arbeiten, Diskutieren und Entscheiden werden soziales Miteinander aber auch Organisationsfähigkeit und Selbstbewusstsein gefördert. Die Jugendverbände in Baden-Württemberg bieten vielfältige Beteiligungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten.

Diese Arbeit sollte dem Land auch etwas wert sein. Daher fordert die WASG unter anderem eine bessere Förderung der Jugendarbeit. Das wollen wir finanzieren, in dem diejenigen, die heute „im Geld schwimmen“, wieder einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens leisten. Durch die Steuer-senkungsorgien von schwarz-gelb wie (rosa)rot-(blass) grün in den letzten Jahren hat Deutschland mittlerweile die zweitniedrigste Steuerquote in ganz Europa! Gerade die, die viel Geld haben, sind durch die Abschaffung der Vermögensteuer und die mehrfache Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer am meisten entlastet worden. Wir wollen, dass Vermögende in Deutschland wenigstens so viel Steuern zahlen wie in den USA oder in Großbritannien. Bereits eine geringe Vermögensteuer mit großzügigen Freibeträgen für kleine Ver-

mögen könnte dem Land Baden-Württemberg jährliche Mehreinnahmen von zwei Milliarden Euro verschaffen. So viel bekommt die Landesregierung durch kein Sparprogramm herein.

→ Das Programm „Der Jugend Räume schaffen“ begrüßen wir prinzipiell, weil es hilft, bei einem konkreten Problem, nämlich der Bereitstellung von Treffpunkten für Jugendliche, Verbesserungen zu erreichen. Eine Beschränkung auf Infrastruktur reicht aber natürlich nicht aus. Die generelle Zunahme der Projektfinanzierung sehen wir kritisch, da sie einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeutet, den gerade kleine Verbände oft nicht leisten können. Die Projektbezogenheit erfordert zudem die Entwicklung immer neuer Projektideen, weil gerade etablierten und bekannt gewordenen Projekten die Förderung wieder gestrichen wird. Wir hielten es für sinnvoller, die institutionelle Förderung der Jugendverbandsarbeit zu verbessern, indem beispielsweise die Mittel für den Landesjugendplan aufgestockt werden und den Jugendlichen dann selbst die Entscheidung zu überlassen, für welche Projekte sie das Geld einsetzen wollen.

→ Um eine Datenbasis für eine Verbesserung der Jugendpolitik in Baden-Württemberg zu haben, ist der Landesjugendbericht ein wichtiger Beitrag. Er macht aber vor allem Sinn, wenn ihm durch die beteiligten Verbände, aber v.a. auch durch die Landespolitik selber konkrete Verbesserungsmaßnahmen folgen.

Kooperation Jugendarbeit und Schule



Die Entwicklung eines Gesamtbildungskonzepts mit Ganztagsschule und die Frage nach der Kooperation von Jugendarbeit und Schule ist in Baden-Württemberg ein derzeit intensiv diskutiertes Thema.

- **Wie soll Ihrer Meinung nach die Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule zukünftig aussehen und welche ersten Schritte würden Sie konkret auf den Weg bringen?**
- **Welche Eckpunkte müsste Ihrer Meinung nach ein Gesamtkonzept Ganztagesbildung im Hinblick auf die Jugendarbeit enthalten?**

CDU

Seit einer Reihe von Jahren besteht eine fruchtbare Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Aus Sicht der CDU war und ist der Landesjugendring ein wichtiger Partner bei dieser Bildungskooperation. So hat der Landesjugendring das von 1999 bis 2003 vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport finanzierte „Förderprogramm Kooperation Jugendarbeit und Schule“ umgesetzt. Aufbauend auf der Evaluation dieser Einzelprojekte wurde in den Jahren 2004 und 2005 ein Modellprogramm „Jugendarbeit und Schule“ aufgelegt, in dessen Fokus Rahmenbedingungen und Voraussetzungen einer gelingenden Kooperation standen. Das Folgeprogramm rückt für 2006 die „Bildungskoordination im kommunalen Raum“ in den Mittelpunkt.

Im Zuge des neuen Ganztagessschulkonzeptes, das Ministerpräsident Oettinger vorgestellt hat, wollen wir die Schulen für Gruppen, Vereine, Verbände und die Kirchen öffnen. Wir laden den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände ein, als Jugendbegleiter ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen in die Ganztagesbetreuung einzubringen und damit die Jugendlichen im außerunterrichtlichen Bereich zu unterstützen und zu begleiten. Die Präsenz und

das Vorbild dieser Jugendbegleiter ermöglichen es jungen Menschen, außerhalb der traditionellen Unterrichtszeit Lebenskompetenz zu erwerben. Erste Projekte werden bereits im Februar 2006 starten, flankiert von der ebenfalls für den Februar 2006 terminierten Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter.

Die Aussage „Bildung ist mehr als Schule“ ist inzwischen Allgemeingut. Damit wird ausgesagt, dass es viele Bildungsprozesse außerhalb des Unterrichts gibt, die für die Sozialisation junger Menschen wichtig und wertvoll sind. Bildung ist der Schlüssel zu einem gelingenden Leben. Um eine bestmögliche Bildung für junge Menschen zu erreichen, müssen die verschiedenen außerschulischen und schulischen Bildungsangebote für junge Menschen in einem Gesamtkontext gesehen und konzeptionell verknüpft werden. Darum geht es letztlich bei der Ganztagesbildung. Denn die Ganztagessschule ist für uns mehr als eine bloße Betreuungseinrichtung. Die Eckpunkte der Zusammenarbeit zwischen Schule und außerschulischen Institutionen sind in einer Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter festgelegt, die von zahlreichen Organisationen mitgetragen wird, so auch vom Landesjugendring. Der Landesjugendring hat von Anfang an der Erarbeitung des

Eckpunktepapiers und der Rahmenvereinbarung mitgewirkt. Für diesen wichtigen Beitrag an der konzeptionellen Entwicklung des Jugendbegleiters gebührt dem Landesjugendring großer Dank. Die Vereinbarung enthält Aussagen zum Aufgabenbereich des Jugendbegleiters, zu seiner Qualifikation, zum Thema Zuverlässigkeit und Kooperation sowie zu den finanziellen Rahmenbedingungen. Zentral für den Einsatz von Jugendbegleitern ist, dass sie eigenständige Bildungs- und Betreuungsangebote in der Ganztagsbetreuung in der Primarstufe und Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen durchführen, jedoch kein eigenverantwortlicher Einsatz im Pflichtunterricht erfolgt.

SPD

Alle landesweiten Jugendorganisationen und Dachverbände aus dem außerschulischen Bereich müssen in die Diskussion über die Zukunft des Bildungswesens in Baden-Württemberg auf gleicher Augenhöhe zur Schule einbezogen werden. Die neu entdeckte Ehrenamtlichkeit darf nicht zum Ausfallbürgen fehlender professioneller Kapazitäten werden. Das Modell „Jugendbegleiter“ ist vor diesem Hintergrund bestenfalls eine Ergänzung im Rahmen der Ganztagschulenentwicklung.

Um den Bereich der außerschulischen Bildung aufzuwerten, müssen die Jugendbildungseinrichtungen des Landes, Jugendakademien und die betreffenden Studienhäuser finanziell unterstützt werden. Die Forderung des Landesjugendrings, die Anzahl der Bildungsreferenten zu erhöhen, muss ernsthaft geprüft werden. Grundsätzlich muss gelten: Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule muss auf gleicher Augenhöhe erfolgen. Die Grundmerkmale und besonderen

Stärken von Jugendarbeit (Freiwilligkeit, Demokratieformen und Bedürfnisorientierung) müssen erhalten – und in geeigneter Weise für die Schule nutzbar gemacht werden. Gerade bei der Diskussion über Konzepte der Ganztagschule und Ganztagsbildung muss der Eigenwert von Jugendarbeit erhalten und – wenn hierfür Bereitschaft besteht – für den Schulbereich nutzbar gemacht werden. Jugendarbeit darf hierbei nicht zum „Anhängsel“ von Schule gemacht werden. Es besteht aktuell die Gefahr, dass sie zum Ausfallbürgen für notwendige, aber nicht finanzierte Schulentwicklungskonzepte missbraucht wird.

Erste Schritte sind:

- ➔ Die Änderung des Schulgesetzes mit dem Ziel einer Kooperationsverpflichtung der Schule in Bezug auf die Jugendhilfe – wie dies in der Jugendhilfegesetzgebung (SGBVIII) für Jugendhilfe in Bezug auf die Schule festgelegt ist.
- ➔ Gemeinsame Entwicklung von Rahmenrichtlinien auf Landesebene, die landespolitische Vergleichbarkeit und örtliche Planungssicherheit ermöglichen.
- ➔ Stärkung der Infrastruktur der Jugendarbeit, auch der Landesarbeitsgemeinschaften, die sich besonders für Kinderinteressen, Mädchenpolitik und Jugendarbeit einsetzen.

Ein Gesamtkonzept Ganztagsbildung muss sich im wesentlichen auf eine wissenschaftlich basierte systematische, konzeptionell und organisatorisch durchdachte Verknüpfung der unterschiedlichen Bereiche von Lernen (formal, nicht formal und informell) konzentrieren. Dies bedeutet eine sinnvolle Koordination von Lernen, Hausaufgaben, Projektarbeit, Spielen und Bewegung. Die Anregungen des Bundeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung

sollten hierzu Grundlage sein. Bei einer Neukonzeptualisierung des Bildungsbereichs, bei der der Vorschulbereich und die außerschulische Jugendbildung neue Aufgabenzuweisungen und Schwerpunkte bekommen und „Lebenslanges Lernen“ eine größere Rolle spielt, muss auch über eine neue Verteilung von Finanzierungslasten nachgedacht werden.



Zu den umgesetzten Handlungsempfehlungen der seinerzeitigen Jugendenquetekommission gehört u.a. die stärkere Förderung der Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule. Das entsprechende Förderprogramm belief sich zunächst (2001 – 2003) auf gut eine halbe Mio. Euro je Jahr; seit dem Jahr 2004 wird es in auf 300.000 Euro reduzierter Höhe weitergeführt.

Wir sind schon seit langem der Überzeugung, dass Schule sich mehr in die Gesellschaft hinein öffnen muss – und Ganztagschule erst recht. Für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen (mit dem Ziel: für jede Schülerin/jeden Schüler muss es ein solches Angebot in erreichbarer Nähe geben) haben wir daher vorgeschlagen, neben dem verstärkten Einsatz pädagogischen Personals gezielt die Nutzung der „vor Ort“ vorhandenen Strukturen in den Bereichen Musik, Theater, Sport, offene und verbandliche Jugendarbeit, Volkshochschulen usw. einzubeziehen. Die oben (erster Fragenkomplex) bereits angesprochene Vereinbarung zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden über Bildung und Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich sieht genau dies vor (dort unter dem Stichwort „Jugendbegleiter“). Die Grundzüge der Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Partnern wie beispielsweise der Jugendarbeit

werden in einer Rahmenvereinbarung dargestellt und gesichert; die jeweiligen konkreten Angebote werden individuell durch Schulen, kommunale Schulträger und die betr. außerschulischen Kooperationspartner abgestimmt und entsprechend vereinbart. Das Land wird hierfür – bei erwünschter finanzieller Aufstockung durch die Kommunen – bis zu 40 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stellen. Die Landesmittel fließen vor Ort jeweils in ein Schulbudget, das heißt Schule und Schulträger entscheiden selbst, welche Angebote sie mit welchen Kooperationspartnern aus diesen Mitteln realisieren wollen. Gerade dies hatten auch wir gefordert; wir halten es für den richtigen Weg.



Die Grünen haben das Konzept einer offenen Ganztagschule entwickelt. Zentrales Element ist die Öffnung der Schulen in ihr Umfeld, die Kooperation mit Initiativen, Vereinen, Künstler/innen und insbesondere den Angeboten der Jugendarbeit. Die Schüler/innen sollen erleben, dass Lernen auch außerhalb der Schule stattfinden und Spaß machen kann. Wichtig ist, dass Jugendarbeit nicht zur „Betreuungsgehilfin“ für das Ganztagsangebot wird. Die eigenständige Jugendarbeit muss erhalten bleiben.

Generell treten die Grünen für eine größere Autonomie der Schulen ein. Wir wollen den Schulen mehr Handlungsspielräume eröffnen. So könnten die Schulen selbst vor Ort über Kooperationen mit außerschulischen Partnern entscheiden.

Die WASG ist prinzipiell für die Einführung von Ganztagschulen. Bei der Bereitstellung eines Ganztagesangebots an Schulen sind aber Jugendverbände mit einzubeziehen. Voraussetzung dafür sind realisierbare Rahmenbedingungen für die Jugendverbände. Wir sehen dies als eine Chance für Schulen wie Jugendverbände gleichermaßen.

Die WASG ist der Überzeugung, dass Bildung sich nicht nur an ökonomischer Wertbarkeit orientieren darf. Vielmehr muss es jungen Menschen ermöglicht werden, ihren eigenen Interessen möglichst breit nachgehen zu können, und für neue

Themen und Zusammenhänge interessiert zu werden. Dies muss bei einer Konzeption für Ganztagsbildung ebenso Richtschnur sein wie die Vermeidung frühzeitiger Selektion unter den Schülerinnen und Schülern. Wichtig ist uns dabei nicht nur der kostenlose Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zum Studium und damit auch die unbedingte Lehrmittelfreiheit an Schulen. Nirgendwo sonst in Europa ist der Bildungsstand von Kindern so abhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern wie in Deutschland! Wir fordern darüber hinaus die flächendeckende Einführung von Gesamtschulen und eine gezielte Förderung von sozial Schwächeren statt Auslese und Elitenbildung. So brauchen wir eine Sprachförderung auch und gerade für Kinder von MigrantInnen bereits im Vorschulalter.

Ehrenamtliches Engagement

? Das ehrenamtliche Engagement ist in der Jugendarbeit von großer Bedeutung. Ob es in den selbstverwalteten Jugendtreffs oder in den Jugendverbänden stattfindet – junge Menschen engagieren sich!

Was wird ihre Partei konkret tun, um

- die Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher sicherzustellen,
- hauptberufliche Unterstützung für Ehrenamtliche zu gewährleisten,
- Ehrenamtlichen die Freistellung bei der Mitarbeit in Freizeitmaßnahmen und bei der Teilnahme an Aus- und Fortbildungen zu erleichtern,
- sicherzustellen, dass ehrenamtlich engagierte junge Menschen trotz Einschränkung durch das achtjährige Gymnasium Freiräume für ihr Ehrenamt behalten?

CDU

Baden-Württemberg steht mit 42 Prozent ehrenamtlich Engagierten im Ländervergleich an der Spitze. Dies kommt nicht von ungefähr. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt gesichert bleiben. Die Aus- und Fortbildung wird nach

wie vor finanziell und ideell unterstützt werden. Sie bildet die Grundlage für qualifiziertes ehrenamtliches Engagement. Zum Beispiel sind im Bereich des Kultusministeriums mittlerweile über 14.000 Schülermentorinnen und -mentoren ausgebildet worden. Das Ehrenamt benötigt oft die Unterstützung hauptamtlich Tätiger. Die CDU Baden-Württemberg weiß dies und steht zu den finanzi-

ellen Unterstützungen der Vereine und Verbände in unserem Land.

Derzeit wird das Sonderurlaubsgesetz überarbeitet und ist in der Ressortanhörung. Die Teilnahme an Freizeiten und Fortbildungsmaßnahmen führt zu einer zusätzlichen Qualifizierung der Betreuer in wichtigen sozialen Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein u.ä. . Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile vorzunehmen.

Es stimmt zwar, dass das achtjährige Gymnasium zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Wochenstundenzahl und einer gewissen Verdichtung des Unterrichtsstoffs geführt hat. Allerdings fällt diese Verdichtung sehr moderat aus, weil G8 nicht von der Vorstellung ausgeht, man müsse den Lehrstoff, der bisher in neun Jahren vermittelt wurde, nun auf acht Jahre „komprimieren“. Stattdessen liegt dem achtjährigen Gymnasium ein völlig neues Unterrichtskonzept zugrunde.

Wer die Erhöhung der zeitlichen Beanspruchung von Schülerinnen und Schülern durch G8 kritisiert, muss aber auch sehen, dass junge Menschen durch dieses Konzept ein ganzes Jahr selbst verantworteter Lebenszeit gewinnen – und zwar in einer Lebensphase, die für ihre persönliche Entwicklung sehr wichtig ist. Das wird in der Diskussion leider oft übersehen. Und was die Auswirkungen von G8 auf das Ehrenamt angeht, sollte man bedenken, dass auch Auszubildende und junge Berufstätige am Nachmittag meist nur über ein eingeschränktes Freizeitangebot verfügen, was sie aber nicht davon abhält, sich ehrenamtlich zu engagieren.

SPD

Freiwilliges soziales Engagement geschieht nicht von selbst. Es hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen für dieses Engagement ab – vor Ort, aber auch von landespolitischen Vorgaben. Gerade für Jugendliche müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen deutlich verbessert und gesetzlich abgesichert werden. Die SPD setzt sich für ein Gesetz zur „Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit“ ein (Beispiel Hessen).

Wir brauchen eine veränderte Regelung für Sonderurlaub: das Freistellungsalter soll auf 16 Jahre abgesenkt werden. Entsprechende Initiativen der SPD-Fraktion wurden freilich von CDU und FDP immer wieder abgelehnt.

Innerhalb einer Gesamtkonzeption Freiwilligendienste müssen FÖJ und FSJ bedarfsgerecht ausgebaut, Austauschprogramme anerkannt und gefördert werden. Der „Quali-Pass“ soll flächendeckend eingeführt werden. Die „Juleica“ (Jugendleitercard) braucht insgesamt eine Aufwertung mit entsprechenden Beiträgen des Landes.

FDP

Das ehrenamtliche Engagement gerade junger Menschen ist in vielerlei – und übrigens auch in materieller – Hinsicht von unschätzbarem Wert. Das Land stellt daher erhebliche Mittel zur Verfügung, um dieses Engagement zu unterstützen und zu fördern – vom Förderprogramm für die Bildungsreferenten der Jugendverbände über die Förderung von Jugendleiterlehrgängen und -seminaren bis zur Förderung der von Landesjugendring und der Arbeitsgemein-

schaft Jugendfreizeitstätten getragenen Akademie der Jugendarbeit Baden-Württemberg e.V.; diese hier beispielhaft aufgeführten Fördermaßnahmen (und ebenso natürlich die hier nicht ausdrücklich genannten) wollen wir fortführen.

Die durch das G 8 – konkreter: die durch ausgeweiteten Nachmittagsunterricht am G 8 – entstehenden Effekte darf man sicher nicht überdramatisieren. Wir sind gegenwärtig in einer Übergangsphase, in der sich manches erst noch neu ordnen muss; schon jetzt gibt es eine Vielzahl von Schulen, die zeigen, dass auch im achtjährigen Gymnasium genügend Freiräume für ehrenamtliches oder sonstiges außerschulisches Engagement zur Verfügung stehen können.



Die außerschulische Jugendbildung muss gestärkt werden, z.B. durch die Freistellung ehrenamtlicher JugendleiterInnen und die Juleica. Denn in Jugendverbänden und -vereinen erwerben Jugendliche wichtige persönliche und soziale Kompetenzen. Ehrenamtliches Engagement braucht passende Rahmenbedingungen und professionelle Unterstützung, um sich entfalten zu können. Hier ist das Land in der Pflicht.

Die übereilte Einführung des achtjährigen Gymnasiums stößt aus vielen Gründen auf berechtigte Kritik. Die notwendige Infrastruktur ist noch nicht überall vorhanden, die Belastung der SchülerInnen ist zu hoch. Wir fordern, die bisherige Konzeption zu überarbeiten: der Lehrstoff muss reduziert werden, die Vergleichsarbeiten sollen anonym und ohne Benotung erfolgen, der Einstieg in die zweite Fremdsprache soll flexibler gestaltet werden. Den SchülerInnen muss wieder mehr Luft bleiben, zum Durch-

atmen, zum Spaß am Lernen und zum ehrenamtlichen Engagement.



Durch eine Sicherung und den Ausbau der Mittel für Jugendarbeit kann eine entsprechende Hauptamtlichenstruktur zur Förderung ehrenamtlichen Engagements und die Ausbildung Ehrenamtlicher aufrechterhalten und gestärkt werden. Die Erhöhung der Jugendbildungsreferentenstellen, wie sie der Landesjugendring seit langem nicht nur fordert, sondern auch deren Finanzierbarkeit darlegt, ist dafür nur ein Beispiel.

Die Sonderurlaubs-Regelung des Landes Baden-Württemberg wird in den letzten Jahren zunehmend aufgeweicht, sie ist aber eine wesentliche Voraussetzung für ein ehrenamtliches Engagement auf allen Ebenen. Die WASG tritt konsequent für den Sonderurlaub und die gesellschaftliche/betriebliche Anerkennung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein.

Durch die Senkung der Arbeitszeiten wollen wir generell in der Gesellschaft die zeitlichen Voraussetzungen der Bürgerinnen und Bürger für ehrenamtliches Engagement verbessern.

Die WASG tritt darüber hinaus für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums ein. Dies eröffnet Schülerinnen und Schülern (wieder) Spielräume für mehr ehrenamtliches Engagement.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen



Politische Beteiligung darf nicht nur ein Schlagwort sein. Jugendarbeit hat in diesem Feld vielfältige Erfahrungen. Dies ist u.a. auch Grundlage für die Diskussion, das Wahlalter abzusenken sowie den § 41 der Gemeindeordnung im Sinne einer Verankerung verschiedener und vielfältiger Beteiligungsmodelle und der Garantie von Mitwirkungsrechten zu überarbeiten.

Stellen Sie sich vor, Ihre Partei würde den Koalitionsvertrag mit aushandeln: Wären die Absenkung des Wahlalters und die Überarbeitung des § 41 der Gemeindeordnung im oben beschriebenen Sinne Gegenstand des Koalitionsvertrages? Warum (nicht)?

CDU

Nirgends gibt es so viele Jugendgemeinderäte wie in Baden-Württemberg. Die CDU-geführte Landesregierung hat mit dem Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften einen Vorstoß zur Stärkung der Mitwirkung Jugendlicher in der Kommunalpolitik unternommen. Wir appellieren in § 41a der Gemeindeordnung an die Kommunen, Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die sie betreffen, aktiv in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Wir erkennen mit dieser Regelung an, dass es neben den Jugendgemeinderäten auch vielfältige andere, innovative Beteiligungsformen gibt: Zukunftswerkstätten, Jugendhearings und -foren usw. Die CDU steht voll und ganz hinter diesen Beteiligungsmodellen.

Eine Absenkung des Wahlalters lehnen wir jedoch ab. Wir sind der Meinung, dass man Wahlrecht und Volljährigkeit nicht voneinander trennen sollte. Erst mit der Volljährigkeit erwirbt man die volle Mitgliedschaft in der Rechtsgemeinschaft. Deshalb wäre es falsch, wenn man das Wahlrecht – immerhin eines der höchsten Rechte, die es in einer Demokratie gibt – schon vorher ausüben würde.



Die Beteiligung von jungen Leuten muss im Alltagsleben spürbar verankert sein. Das gilt für den schulischen wie auch außerschulischen Bereich, den sozialen wie auch den politischen Bereich. Hierzu möchte die SPD-Landtagsfraktion unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ die notwendigen Rahmenbedingungen herstellen. Dies bedeutet: Kinder und Jugendliche sollen grundsätzlich bei allen sie betreffenden Fragen politisch beteiligt werden.

Die SPD tritt für eine Änderung der Gemeindeordnung ein. Ein landesrechtlicher Rahmen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll entwickelt werden, nach dem Motto: Wer Kinder und Jugendliche in einer Kommune nicht beteiligt, muss dies begründen – nicht umgekehrt.

Speziell Jugendgemeinderäte müssen mehr Rechte haben, etwa Antragsrecht und Rede-recht. Deswegen haben wir eine diesbezügliche Änderung der Gemeindeordnung gefordert. Außerdem sollen weitere Beteiligungsformen festgeschrieben werden. Die Absenkung des Wahlalters bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre ist für

uns ein klares Signal. Ein Gesetzentwurf der SPD wurde mit den Stimmen von CDU und FDP aber abgelehnt.

Unsere Schulen müssen ein zentraler Platz für die Einübung von Demokratie und sozialem Lernen sein. Das heißt beispielsweise: Die Schülermitverwaltung muss ein stärkeres Gewicht erhalten. Der Gemeinschaftskundeunterricht soll ausgebaut werden entsprechend seiner in der Landesverfassung definierten Bedeutung: spätestens ab Klasse 7, besser früher und definiert als Ort sozialen Lernens.



Die FDP/DVP lehnt die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre ab. Aus unserer Sicht muss das Wahlrecht im Einklang mit Rechten und Pflichten stehen, die an die Volljährigkeit geknüpft sind: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Wer 16-jährigen das Wahlrecht verleiht, ihnen aber die Volljährigkeit verweigert, entwertet das Recht zu wählen. Aktives und passives Wahlrecht fallen bei einer Absenkung des Wahlalters darüber hinaus begründungslos auseinander. „Willkürliche“ Altersbegrenzung sind im Recht unvermeidlich.

Außerdem ist es im Sinne einer widerspruchsfreien Rechtsordnung, wenn es auf allen staatlichen Ebenen eine einheitliche Wahlalterbestimmung gibt. Das politische Engagement bei Jugendlichen in Deutschland ist im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Das Interesse, Verständnis und Engagement für Politik wird nach unserer Auffassung nicht durch einen einmaligen Wahlakt dauerhaft erzeugt. Offene Anspracheformen, eine glaubwürdige Interessenvertretung und Chancen zur Beteiligung bringen mit Sicherheit mehr. Aus

diesem Grund haben wir auch die Beteiligungsvielfalt in § 41a der Gemeindeordnung (Beteiligung von Jugendlichen) ausgedehnt.

Die FDP/DVP lehnt eine „Soll- bzw. Muss-Vorschrift“ zur Einrichtung von Jugendgemeinderäten ab. Bürgermeister und Gemeinderäte, die von der Beteiligung und von den positiven Auswirkungen einer Jugendbeteiligung nicht überzeugt sind, werden auch durch eine gesetzliche Pflicht nicht zu überzeugen sein. Es würde dauerhaft zu Konfrontationen kommen.

Überlegenswert erscheint uns aber folgende Änderung des § 41a der Gemeindeordnung: Wenn sich eine Gemeinde entschieden hat, einen Jugendgemeinderat oder eine Jugendvertretung einzurichten, dann sollte sie auch konsequenterweise die Beteiligung in der Geschäftsordnung regeln. Damit würde auch dem Willen der Landesregierung, dass Jugendliche von kommunalen Verwaltungsträgern gehört und beteiligt werden, weit mehr Rechnung getragen, als mit der bisher vorgesehenen „Kann-Vorschrift“.



Wir unterstützen die Änderung des § 41 der Gemeindeordnung die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Entsprechende Anträge haben wir z. B. in die Demographie-Enquetekommission eingebracht. Diese Forderungen würden wir selbstverständlich im Falle einer Regierungsbeteiligung einbringen. Wir meinen: Wer eine Ausbildung absolvieren oder arbeiten kann, wer als ehrenamtlicher Jugendleiter bei Zeltlagern Verantwortung übernimmt, wer innerhalb des Freiwilligen sozialen Jahres alte Menschen pflegt, all diejenigen müssen auch wählen dürfen!

Gerade im jungen Alter werden Weichen gestellt. Hier gewöhnt man sich entweder an demokratische Verhaltens- und Herangehensweisen oder an den Einsatz von Gewalt. Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen müssen daher verbessert werden. Junge Menschen müssen sich in heutige Entscheidungen einbringen können, da sie später deren Folgen ausbaden müssen. Trotzdem sollte man nicht den Versuchen aufsitzen, verschiedene benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Unser Land ist reich genug – und wird jeden Tag reicher, um sich sowohl gute und verlässliche Renten, als auch vorzügliche Bildung und Jugendarbeit leisten zu können – wenn man sich das Geld dort holt, wo es tatsächlich sitzt. Jugendgemeinderäte sind eine Möglichkeit, wie die Interessen junger Menschen besser zur Geltung ge-

bracht werden können. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich nicht nur um Alibi-Veranstaltungen handelt.

Die WASG ist darüber hinaus für die Stärkung der SMVen an den Schulen und der studentischen Mitbestimmung durch die Wiedereinführung der verfassten Studiendenschaften. Aber auch Volksentscheide müssen erleichtert werden – hier ist Baden-Württemberg Schlusslicht in Deutschland.

Auch über eine Absenkung des Wahlrechts muss nachgedacht werden – schließlich gibt es genügend Jugendliche, die mit 16 Jahren politisch interessierter und informierter sind als so mancher Erwachsene. Warum sie dann erst mit 18, oder wenn der Wahltermin blöd fällt, sogar erst mit 19, oder gar 22 Jahren wählen dürfen sollen, ist kaum nachvollziehbar.

Ausbildung und Arbeit



Trotz vielfältiger Bemühungen steigt die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Vor allem für chancenarme Jugendliche werden die Perspektiven schlechter. Ihre soziale und berufliche Integration ist in Frage gestellt, eine aktive Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf von Nöten, Förderung und Qualifizierung muss für junge Menschen absoluten Vorrang haben.

- **Was wird Ihre Partei tun, um einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen?**
- **Wie steht Ihre Partei zur finanziellen Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen?**
- **Was werden Sie dazu beitragen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz erhalten?**



→ Der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Integration, die Berufs- und Lebenschancen junger Menschen. Deshalb ist die Unterstützung junger Menschen beim Eintritt in den Beruf für die CDU ein wichtiges Anliegen. Glücklicherweise haben wir in Baden-Württemberg im Bundesvergleich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden: So hat sich die CDU dafür eingesetzt, dass das Land mit 5 Mio. Euro aus Mitteln der Zukunftsoffensive IV in den kommenden vier Jahren ein ergänzendes Unterstützungssystem installiert, durch das die Chancen benachteiligter Jugendlicher bei der beruflichen Integration verbessert werden.

Dies geschieht mit dem Projekt „Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf“ – ein Projekt, das Ministerpräsident Oettinger sehr am Herzen liegt, weil damit junge Menschen unterstützt werden, die besonders auf Hilfeleistung und Aufmerksamkeit angewiesen sind. Die schulische Förderung wird durch eine individuelle Lernbegleitung ergänzt. Ziel des Projekts ist es, Jugendliche besser auf den Eintritt ins Erwerbsleben vorzubereiten und die Zahl der Ausbildungsabbrüche bei Jugendlichen zu verringern.

→ Die Jugendsozialarbeit an Schulen hat sehr positive Effekte bei der Verzahnung von Jugendhilfe und Schule und leistet insofern einen äußerst wertvollen Beitrag gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Gewalt und Sucht. Nach unserer Auffassung handelt es sich bei der Jugendsozialarbeit als einem Teil der

Jugendhilfe grundsätzlich um eine originär kommunale Aufgabe. Die Landesförderung wurde in den vergangenen Jahren lediglich deshalb gewährt, um die Kommunen bei der Etablierung von Jugendsozialarbeit an Schulen zu unterstützen. Eine Dauerfinanzierung war von Anfang an nicht vorgesehen und auch nicht in Aussicht gestellt worden.

→ Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Ausgangsposition. Unser Land hat bundesweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Eine gute Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb hat die Landesregierung mit den Wirtschaftsorganisationen in Baden-Württemberg ein Ausbildungsbündnis geschlossen. Damit sollen möglichst viele Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Durch gemeinsame Anstrengungen ist es uns gelungen, praktisch jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Bewerber eine Stelle zu vermitteln: in Form eines Ausbildungsplatzes, eines Praktikums oder einer berufsvorbereitenden Maßnahme. Auf diesen Erfolg können wir stolz ein.

Wir fördern verstärkt Qualifizierungsmaßnahmen. Insbesondere benachteiligte, leistungsschwächere Jugendliche müssen ein breites Hilfsspektrum erhalten.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insbesondere von benachteiligten Jugendlichen hat die Landesregierung die Initiative „AKKU – wir laden Projekte“ ins Leben gerufen.



Schulsozialarbeit (Jugendsozialarbeit an Schulen) ist Bestandteil schulischen Lernens und Lebens und muss deshalb endlich auch als Landesaufgabe begriffen werden. Leider sind wir von der Empfehlung der Jugend-enquetekommission, die verlässliche Drittfinanzierung zwischen Land, Kreis und Kommunen bei der Schulsozialarbeit einzuführen, weiter entfernt denn je. Diese ist jedoch Voraussetzung, um eine gewisse Planungssicherheit sicherzustellen. Kürzungen in diesem Bereich sind kontraproduktiv, komplette Streichungen gar fatal, weil sie an anderer Stelle höhere Folgekosten verursachen. Leider hat die Landesregierung keine der vielfältigen Vorstöße der SPD aufgegriffen und sich bei der Schulsozialarbeit wider besseren Wissens völlig aus der Verantwortung gestohlen.

→ 100 Mio. Euro Programm für mehr Ausbildungsplätze

Das duale System allein kann berufliche Ausbildung nicht mehr garantieren. Der Staat muss selbst entsprechende Angebote machen, um den Jugendlichen eine Möglichkeit zur Höherqualifizierung zu geben. Jahr für Jahr gehen fast 30.000 Jugendliche bei der Lehrstellensuche leer aus und landen dann, bestenfalls, in schulischen Warteschleifen. Und die Bugwelle von Bewerbern, die sich immer wieder erfolglos um einen Ausbildungsplatz bewerben, wächst weiter. Die Landesregierung rührt keinen Finger für diese jungen Leute. Die SPD will deshalb mit einem speziellen Förderprogramm zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und die Chancen Jugendlicher auf berufliche Teilqualifizierungen erweitern. Auf der Basis des äußerst erfolgreichen Landesprogramms von 1975 bis 1989 sollen Zuwendungen des Landes an Ausbildungsbetriebe gehen, die

die Ausbildungschancen von Problemgruppen durch zusätzliche Ausbildungsplätze in bestimmten Engpassregionen verbessern.

Zudem soll durch eine stärkere Förderung von Ausbildungsverbänden das vorhandene Lehrstellenpotenzial besser ausgeschöpft und erweitert werden. In Regionen mit überdurchschnittlichem Mangel an Ausbildungsplätzen, für Berufsfelder mit absehbarem Facharbeitermangel und für Problemgruppen von Jugendlichen sollen auch außerbetriebliche Ausbildungsplätze durch freie Träger und Kammern geschaffen werden.

Nach dem Vorschlag der SPD soll auch das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) weiterentwickelt werden. Demnach schließt sich an ein Vollzeit-Berufsschuljahr ein Praxisjahr in einem Betrieb oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte an. Diese Ausbildung soll mit der Zertifizierung als Fachkraft abgeschlossen werden. Die SPD verlangt auch die Anerkennung von Abschlüssen berufsqualifizierender vollzeitschulischer Bildungsgänge durch die Wirtschaft, ihre Anrechnung auf die Duale Ausbildung und die Begrenzung der Ausbildungsdauer in anerkannten Ausbildungsberufen.



Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit. Zudem ist eine abgeschlossene berufliche Ausbildung entscheidend bei der Jobsuche. Es gilt daher die Ausbildungsreife bereits frühzeitig zu optimieren. Mit dem neuen Orientierungsplan werden die ersten Bildungsinhalte zukünftig bereits im Kindergarten vermittelt. Besonderer Wert wird dabei auf die Sprachkompetenz gelegt, um frühzeitig soziale Nachteile auszugleichen.

Die Betreuungsangebote haben wir für alle Altersgruppen ausgebaut. Die entscheidenden Weichenstellungen haben wir vorgenommen. Vieles muss sich jetzt einspielen. Den eingeschlagenen Weg wollen wir fortsetzen. Die beste Ausbildung ist aber natürlich nutzlos, wenn es keine Arbeitsplätze gibt. Sozial ist daher alles, was Arbeit schafft. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Arbeitsplätze auch für gering qualifizierte Jugendliche in Deutschland vermehrt möglich machen.

→ Wir haben uns sehr für die Umsetzung der Handlungsempfehlung der seinerzeitigen Jugendenquetekommission zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen engagiert und konnten uns später mit unserer Forderung durchsetzen, die zunächst zeitlich befristete Förderung aus Landesmitteln nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt auslaufen zu lassen, sondern zu einer grundsätzlich dauerhaften Förderung zu machen. Die extrem angespannte finanzielle Situation des Landes hat freilich Einsparungen in praktisch allen Aufgabenbereichen unumgänglich gemacht (vgl. Beantwortung der ersten Frage). Unter diesen Bedingungen konnte eine Erhöhung der Landesmittel für die Schulsozialarbeit nicht ernsthaft zur Debatte stehen; aufgrund der – in der Sache erfreulichen – rapiden Zunahme der Zahl von Schulsozialarbeits-Projekten hätten sich dann im einzelnen Fall vergleichsweise geringe, die Entscheidung des kommunalen Trägers für oder gegen die Einrichtung eines Projekts nicht entscheidend beeinflussende Förderbeiträge ergeben. Wir stehen zu der Entscheidung, in dieser Situation die Landesförderung stattdessen beendet zu haben. Unsere Erwartung, dass die positiven Erfahrungen in der Vielzahl der mit Hilfe der Landes-

förderung eingerichteten Projekte mit dazu beigetragen haben, die Kreise und Gemeinden von der besonderen Effizienz dieser Maßnahme so zu überzeugen, dass die Projekte auch ohne Landeszuschüsse fortgeführt werden, sehen wir erfreulicherweise weitgehend erfüllt.

→ Für uns ist es eine zentrale Aufgabe, dass alle Jugendlichen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, einen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz erhalten. Zur Erreichung dieses Ziels hat sich das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung“, das in Baden-Württemberg zwischen wirtschaftlichen Spitzenverbänden und Politik geschlossen wurde, bewährt. Durch dieses Bündnis wurde der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland konkretisiert und ergänzt. Die freiwillige Bündniszusage wurde von der Wirtschaft in 2005 – genau wie im Vorjahr – übererfüllt. Dass dies gelang, ist vor allem auf das hohe Engagement der Kammern und anderer Organisationen der Wirtschaft sowie der Arbeitsverwaltung zurückzuführen. Ihnen gelang es offensichtlich, zahlreiche Betriebe davon zu überzeugen, dass Ausbildung eine wichtige Investition in die eigene Zukunft ist.

Aufgrund der positiven Ergebnisse wird sich die FDP auch im nächsten Jahr gegen eine gesetzliche Ausbildungsplatzabgabe stark machen. Viel entscheidender ist, dass vor Ort alle Anstrengungen unternommen werden, Ausbildungsbetriebe und Lehrstellensuchende zusammen zu bringen. Kompetenz und Betriebskenntnis sind vor allem lokal bei den Ausbildungsberatern der Kammern, den Lehrstellenwerbern, den Arbeitsagenturen und den Schulen vorhanden.

Erfolgreich waren letztes Jahr auch die Nachwuchswerbekampagnen in Branchen, in denen es Probleme bereitet, die vorhandenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Mit einer Ausbildungsplatzkampagne konnten zusätzliche Lehrstellen gewonnen werden. Last-Minute-Lehrstellenbörsen und Nachvermittlungen zeigten Erfolge. Das neue Instrument der Einstiegsqualifizierungen hat seine Bewährungsprobe bestanden.

Für die Arbeitsplatzsuche gilt: Mit steigendem Bildungsniveau sinkt die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit. Eine abgeschlossene berufliche Ausbildung ist entscheidend bei der Jobsuche (vgl. oben). Die Jugendarbeitslosigkeitsquote in Baden-Württemberg ist mit 7,3 % im Ländervergleich sehr niedrig. An unseren bewährten Rezepten wollen wir festhalten!



Wir halten die Jugendsozialarbeit an Schulen für unerlässlich. Sie ist Teil der Bildungspolitik und damit Landesaufgabe. Die grüne Landtagsfraktion hat sich vehement gegen den Ausstieg des Landes aus der Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen gewehrt. Angesichts des steigenden Bedarfs haben wir in den letzten Haushaltsberatungen eine Verdoppelung der Landesmittel beantragt.

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist gerade für Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. mit schlechtem Abschluss der größte Stolperstein auf ihrem Berufsweg. Hier ist das Land im Rahmen seiner Bildungsverantwortung gefordert. Es muss Schluss sein mit immer neuen Modellprojekten. Stattdessen müssen Projekte, die sich bewährt haben, in die Landesförderung übernommen werden. Der Übergang ins Berufsleben muss während der Schulzeit intensiv vorbereitet und be-

gleitet werden. Projekte wie Sprungbrett dürfen nicht eingestellt, sondern müssen flächendeckend an allen Hauptschulen angeboten werden.



Durch eine Verbesserung des Bildungsniveaus von Schulabgängern wollen wir die Chancen junger Menschen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt erhöhen. Das Problem auf dem Arbeitsmarkt ist nicht die Arbeitsunwilligkeit, sondern das Fehlen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Deshalb gehen die Hartz-Gesetze an den eigentlichen Problemen vorbei. Statt alle Arbeitslose pauschal zu drangsalieren müssen wir wieder Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Die WASG ist für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Nicht einmal 30% der Betriebe bilden gegenwärtig aus. Betriebe, die nicht ausbilden, müssen dann zahlen und solche, die überdurchschnittlich ausbilden, profitieren davon. Wir wollen uns nicht mehr auf die freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen der Wirtschaft verlassen! Trotz Ausbildungspakt haben auch im Jahr 2005 wieder fast 30.000 Ausbildungsplätze gefehlt und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist sogar um über 20.000 gesunken!

Die berufliche Bildung wird durch die Landesregierung ganz und gar vernachlässigt. In einer sich internationalisierenden Welt muss die englische Sprache in allen Berufsschulen Pflichtangebot sein; im Grenzgebiet zu Frankreich ebenfalls die französische, denn nur so können sich die Auszubildenden ihre zukünftigen Arbeitsplätze im sich verdichtenden EU-Markt langfristig sichern. Die Berufsschulen müssen auch eine

Heranführung an und die Nutzung der EU-Mobilitätsprogramme fördern können.

Darüber hinaus müssen wir die in den letzten Jahren gewaltig eingebrochenen öffentlichen Investitionen durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Umwelt und Soziales wieder stärken. So können viele sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden. Finanziert werden soll das durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Anhebung der Erbschaftsteuer. International setzen wir uns für die Einführung der Tobin-Steuer und einer Flugbenzinsteuer ein, um Finanzspekulationen und den Klimawandel einzudämmen. Insbesondere durch eine stärkere Besteuerung des Einsatzes natürlicher Ressourcen und die Entlastung des Faktors Arbeit könnten die Anreize für Unternehmen gesteigert werden, Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt in die Weg-„Rationalisierung“ von Arbeit und die Verschmutzung der Umwelt zu investieren.

Wie die Einkommen muss auch die Arbeit in Deutschland gerechter verteilt werden. Es ist absurd, dass ein Teil der Gesellschaft, nämlich die Erwerbstätigen, nicht mehr weiß, wo ihr der Kopf steht, weil ständig die Verlängerung der Arbeitszeiten und Überstunden gefordert werden, mehr Arbeit mit weniger Personal erledigt werden muss. Diesen Menschen fehlt meist die Zeit, um sich um ihre Familien zu kümmern, Freunde zu treffen oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auf der anderen Seite haben wir Millionen von Menschen, die verzweifelt nach einem Arbeitsplatz suchen, die hoffnungs- und perspektivlos sind, weil sie sich überflüssig und von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht fühlen. Statt Anteilnahme an ihrem Schicksal ernten sie Beschimpfungen als angebliche Schmarotzer und Parasiten. Wir wollen die Arbeitszeiten deutlich verkürzen und die Arbeit auf alle Arbeits-

willigen in Deutschland verteilen. Dadurch kann sowohl die Lebensqualität der Erwerbstätigen als auch die der Erwerbslosen steigen.

Darüber hinaus sprechen wir uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters aus. Auch hier wird nach dem Prinzip verfahren, dass diejenigen, die ohnehin schon Arbeit haben immer mehr arbeiten sollen. Gerade jungen Menschen, die arbeiten wollen, wird aber der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert, weil alte Menschen, die gar nicht mehr arbeiten wollen, länger arbeiten müssen.

Jugendsozialarbeit an Schulen, und nicht nur „Brennpunktschulen“, wird leider in unserer Gesellschaft immer wichtiger. Schülermentoren und Sozialarbeiter sind mancherorts elementare Voraussetzungen, Eskalationen in den Griff zu bekommen.



Migration



Obwohl MigrantInnen mit ca. 20 Prozent bei den 12- bis 27-jährigen einen großen Anteil der Jugendlichen in Baden-Württemberg darstellen, sind sie immer noch von verschiedensten Benachteiligungen betroffen.

Wie wollen Sie die Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig verbessern, Diskriminierung abbauen und die Jugendorganisationen der MigrantInnen unterstützen?

CDU

Der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund sind Kenntnisse der deutschen Sprache. Die Sprachförderung muss daher so früh wie möglich beginnen. Die Maßnahmen der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen und die Förderung durch Vorbereitungsklassen und Förderkurse müssen fortgesetzt werden.

Besonders wichtig ist uns eine enge Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule. Wir wollen, dass alle Kinder, die eingeschult werden, zu diesem Zeitpunkt auch wirklich schulreif sind und die deutsche Sprache beherrschen. Jedes vierte Kind, das heute eingeschult wird, hat sprachliche Defizite. Aber ein Kind, das ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Schule kommt, wird dort auch nicht richtig lesen und schreiben lernen. Sprache ist der Schlüssel zu jeder Art von Wissen. Sprache ist der Schlüssel zu Freundschaft und Gemeinschaft. Wir haben in Baden-Württemberg bereits eine Reihe von freiwilligen Angeboten zur Sprachförderung von Kindern. Wir werden diese Angebote konsequent weiter entwickeln. Wenn sich im letzten Jahr vor der Einschulung zeigt, dass ein Kind hier noch erhebliche Defizite hat, muss es entsprechend gefördert werden.

Besonders liegen uns die Projekte zur Verbesserung der Eingliederung jugendlicher Spätaussiedler und junger Ausländer sowie die mobile Jugendarbeit in Problemgebieten am Herzen. Das Land Baden-Württemberg investiert jährlich etwa 39 Millionen Euro in Maßnahmen, die die Integration jugendlicher mit Migrationshintergrund fördern. Unter anderem werden auch Vereine, die in diesem Bereich engagiert sind, finanziell unterstützt. Die Landesstiftung Baden-Württemberg fördert das neue Projekt „Ehrenamtliche Integrationsbegleitung“ mit 850.000 Euro.



→ Ausbau der Ganztagschule:
Hierdurch werden die unterschiedlichen Begabungen von Kindern besser berücksichtigt, kognitive, emotionale und soziale Defizite kompensiert, musisch-kreative und sportliche Talente gefördert und es wird mehr Lernzeit geboten. Indem die Kinder mehr Zeit, auch Freizeit, gemeinsam verbringen, trägt die Ganztageschule dazu bei, dass auch Kinder mit Migrationshintergrund besser integriert werden und auf eventuelle Lernschwierigkeiten bzw. Sprachdefizite mehr eingegangen werden kann.

→ Längere gemeinsame Lernzeiten in der 6-jährigen Grundschule:

Mehr Zeit an der Grundschule hilft, vorhandene Benachteiligungen auszugleichen und Begabungspotenziale auszuschöpfen. Dadurch eröffnen sich neue Entwicklungsräume für unsere Kinder. Außerdem wird ein wesentlicher Beitrag für eine bessere soziale Integration geleistet. Eindrucksvoll haben Studien unter Beweis gestellt: Heterogene Lerngruppen erzielen bessere Ergebnisse als homogene.

Wir müssen endlich Heterogenität als Chance begreifen. Und Heterogenität bedeutet auch, Kinder und Jugendliche mit Behinderung oder Migrationshintergrund mit einzu beziehen. Empirische Untersuchungen belegen: Bei längerem gemeinsamen Lernen wächst das Selbstwertgefühl erheblich. Beim frühen Wechsel in eine weiterführende Schule hingegen sinkt das Selbstwertgefühl der Kinder nach Klasse vier wieder.

→ Sprachförderung im Kindergarten:
Nach einer Studie der Stadt Mannheim müssten 30 Prozent der Schulanfänger des Schuljahres 2002/2003 eine Sprachförderung erhalten. 14 Prozent der Schulanfänger sprechen und verstehen die deutsche Sprache so schlecht, dass sie dem Schulunterricht vermutlich nicht folgen können. Ein wichtiges Ergebnis der Studie war auch, dass die Sprachkompetenz umso besser ist, je länger die Kinder einen Kindergarten besucht haben. Sprachförderung und Sprachunterstützung dürfen also nicht erst beim Übergang in die Grundschule ansetzen, sondern müssen früher stattfinden.

Die SPD fordert, dass sich das Land entsprechend den Vorschlägen der interministeriellen Arbeitsgruppe „Sprachförderung im Vorschulalter“ mit 30 Prozent an den Fort- und Weiterbildungskosten beteiligt.

Sollte es, wie von der SPD-Fraktion gefordert, aus finanziellen Erwägungen nicht möglich sein, ausreichend pädagogisches Fachpersonal einzustellen, so muss das Sprachförderangebot durch ehrenamtliche Sprachhelferinnen und -helfer im Kindergarten flächendeckend bereits im Jahr 2006 umgesetzt werden.

→ Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr:
In einem ersten Schritt soll in Baden-Württemberg, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz, ein beitragsfreies, letztes Kindergartenjahr für alle eingeführt werden. Längerfristiges Ziel der SPD ist die generelle Beitragsfreiheit des Kindergartens. Dieses Ziel ist aber nur dann zu verwirklichen, wenn das Land den Kommunen und den Kindergartenträgern die Kosten dafür erstattet. Andernfalls würde dies zu einer unverträglich hohen Belastung der Kommunen führen. Für einen beitragsfreien Kindergarten für alle Kinder müsste das Land allerdings erhebliche finanzielle Mittel aufwenden. Deshalb kann dieses Ziel mit Blick auf den nötigen Schuldenabbau im Haushalt realistisch nur in einem längerfristigen Zeitrahmen angepackt werden.

Darüber hinaus möchte die SPD-Fraktion zum Zwecke einer besseren Integration die Jugendorganisationen der Migrantinnen und Migranten in Zukunft besser mit Mitteln aus dem Landesjugendplan fördern.



Die letztlich entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Teilhabe an Bildung (welche ihrerseits entscheidend ist für die spätere Teilhabe am beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Leben) ist der Erwerb sprachlicher Kompetenz. Die PISA-Untersuchungen haben dies erneut bestätigt; sie haben auch gezeigt, dass Baden-Württemberg hier noch Nachholbedarf hat. Sprachliche Förderung für Kinder mit Defiziten oder/und Verzögerungen in der sprachlichen Entwicklung muss rechtzeitig einsetzen: wir müssen dahin kommen, dass jedes Kind bei der Einschulung über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt.

Wichtige neue Schritte sind inzwischen gemacht oder im Rahmen der Land-Kommunen-Vereinbarung über Bildung und Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich eingeleitet (z.B. Stärkung des Bildungsauftrags des Kindergartens und Orientierungsplan; Maßnahmen zur – insbesondere sprachlichen – Förderung vor allem im letzten Kindergartenjahr, um für möglichst alle Kinder gleiche Startvoraussetzungen für die Grundschule zu schaffen). Wir halten darüber hinaus die verbindliche Teilnahme aller Kinder im Alter zwischen drei und vier Jahren an einer Sprachstandsdiagnose für erforderlich, auf die hin im Bedarfsfall eine entsprechende Förderung verbindlich einzuleiten ist. Die ideale Form ist sicher die der in den Alltag des Kindergartens integrierten, ganzheitlichen Sprachförderung. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss den Erfordernissen der frühen Sprachförderung und der generell stärkeren Akzentuierung des Bildungsauftrags des Kindergartens Rechnung tragen.

Der Abbau von Diskriminierung lässt sich nicht beschließen und verordnen. Geleitet von einem Verständnis, das Integration als

einen Annäherungsprozess von Deutschen und Menschen ausländischer Herkunft unter Wahrung ihrer jeweiligen Identität be-greift, gelten uns Integrationspolitik und Abbau von Diskriminierung als zwei Seiten einer Medaille. Wir wollen daher u.a. dem Ausländerbeauftragten der Landesregierung weiterhin Mittel zur Förderung integrativer Projekte zur Verfügung stellen. Wir sind uns der integrationsfördernden Möglichkeiten der Vereins- und Jugendarbeit oder auch und gerade Sports bewusst und lassen uns bei der Bereitstellung von Landesmitteln auch hiervon leiten. Im Bereich der Schule wollen wir uns in diesem Zusammenhang für die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrkräfte einsetzen.



Die PISA-Studien haben es gezeigt: in Baden-Württemberg liegt in der Integrationspolitik im schulischen Bereich vieles im Argen. Deshalb wollen wir Grüne weg vom dreigliedrigen Schulsystem mit der viel zu frühen Sortierung. Sie orientiert sich oft nicht am Potential der SchülerInnen, sondern an der sozialen Herkunft. Je früher Stärken und Schwächen der Kinder erkannt werden, desto besser sind die Entwicklungschancen. Deshalb muss individuelle Förderung – gerade auch im sprachlichen Bereich – im Kindergarten beginnen. Der Kindergarten soll zum Bildungsgarten werden, selbstverständlich auf kindgerechte, spielerische Art.

Insgesamt funktioniert Integration nur auf gleicher Augenhöhe und in einer Atmosphäre der Offenheit. Das schließt klar formulierte Anforderungen nicht aus, wohl aber diskriminierende Aktionen wie den Leitfaden für Einbürgerungswillige des Innenministeriums.

Die WASG ist als neue Linkspartei entschieden anti-rassistisch und bekämpft jede Art von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Basis für Bildungs- und Beteiligungserfolge sind insbesondere gute Sprachkenntnisse. Wir setzen uns daher für eine ausreichende Finanzierung gezielter Sprachförderung für MigrantInnenkinder ein. Bei öffentlichen Einstellungen ist darauf zu achten, dass MigrantInnen nicht benachteiligt werden. Statt diskriminierenden Fragebögen brauchen wir die Förderung von Anti-Rassismus-Projekten.

Wir müssen verstärkt Begegnungsmöglichkeiten von deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund schaffen und fördern. Das fängt mit Kindertagesstätten und einem Betreuungsangebot gerade im Vorschulalter an.

Die Deutsche Staatsbürgerschaft sollte nicht nach Blutsverwandtschaft, sondern nach dem Geburtsort vergeben werden. Wir sind gegen eine „Festung Europa“. Zuwanderung muss auch nach humanitären, nicht nur nach ökonomischen Kriterien erfolgen können.



Arbeitsgemeinschaft
Jugendfreizeitstätten
Baden-Württemberg e.V.

